

**SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026**  
**Samstag, 31. Jänner 2026**



## **Antragsdiskussionen**

**Antrag 1: Eingbracht vom SPÖ-Bundesbildungspräsidium:**

**Wie sichern wir unsere Demokratie?**

Seite 2

**Antrag 2: Eingbracht von der Themeninitiative Kinder und Familien:**

**Mit Chancenindex aus der Krise herausinvestieren, statt bei der Bildung der Kinder zu sparen!**

Seite 5

**Antrag 3: Eingbracht von den Gewerkschafter:innen in der SPÖ:**

**Öffentliche Fördermittel in der Erwachsenenbildung:  
Gemeinnütziger Bildungsauftrag statt privater Gewinnmaximierung**

Seite 8

**Antrag 4: Eingbracht von den Gewerkschafter:innen in der SPÖ:**

**Qualifizierungsstrategie zur Fachkräfte-Sicherung**

Seite 10

**Antrag 5: Eingbracht vom SPÖ-Bundesbildungspräsidium:**

**Änderung im Regulativ**

Seite 13

1

## **Antrag 1: Eingbracht vom SPÖ-Bundesbildungspräsidium**

### **Wie sichern wir unsere Demokratie?**

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss aktiv geschützt, weiterentwickelt und gelebt werden. In einer Zeit, in der demokratische Institutionen durch autoritäre Tendenzen, gezielte Desinformation, soziale Spaltung und politische Polarisierung unter Druck geraten, kommt der politischen Bildung eine zentrale Rolle zu.

- 2 Als Sozialdemokratie bekennen wir uns zur Verantwortung, demokratische Grundwerte nicht nur nach außen zu vertreten, sondern sie auch innerhalb unserer Organisationen konsequent zu verankern. Politische Bildung ist dabei ein wesentliches Instrument zur Sicherung einer lebendigen, handlungsfähigen und widerstandsfähigen Demokratie.

Mandatarinnen und Mandatare tragen Verantwortung in der öffentlichen Vertretung – und \*Funktionärinnen und Funktionäre tragen unsere sozialdemokratischen Organisationen\*: Sie halten Strukturen aufrecht, organisieren Beteiligung, ermöglichen politische Arbeit vor Ort und sind vielfach erste Ansprechpartner:innen für Menschen, die sich für sozialdemokratische Politik interessieren. Gerade deshalb braucht es für beide Gruppen eine gut strukturierte, qualitativ hochwertige und kontinuierliche Aus- und Weiterbildung.

Um demokratische Strukturen zu erhalten und auszubauen, ist es notwendig, dass Mandatar:innen und Funktionär:innen fundiertes Wissen über demokratische Prozesse, soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, politische Kommunikation, nachhaltige Entwicklung sowie die Grundwerte und Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung erwerben und laufend vertiefen. Dabei gilt: **Qualifizierung soll**

**nicht Ausnahme, sondern Standard** sein – als Ausdruck von Verantwortung gegenüber Mitgliedern, Wähler:innen und unserer demokratischen Kultur.

Demokratische Kompetenz endet jedoch nicht mit dem Antritt einer Funktion oder eines Mandats. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, politische Herausforderungen und Formen politischer Auseinandersetzung verändern sich laufend. Daher ist *\*lebensbegleitendes Lernen\** ein zentrales Prinzip sozialdemokratischer Bildungsarbeit. Aus- und Weiterbildung müssen als fortlaufender Prozess verstanden werden, der politische Handlungsfähigkeit stärkt, Qualität in der politischen Arbeit sichert und unsere Organisationen resilient gegenüber antidemokratischen Entwicklungen macht.

Langfristige Ausbildungs- und Bildungsprogramme, die sich vertieft mit sozialdemokratischen Grundwerten, demokratischen Strukturen und politischer Praxis auseinandersetzen, sind dabei von besonderer Bedeutung. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit über Organisations- und Ländergrenzen hinweg, um Erfahrungen zu teilen, Bildungsangebote weiterzuentwickeln und demokratische Standards gemeinsam zu stärken.

Demokratie zu sichern bedeutet, Verantwortung ernst zu nehmen. Politische Bildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen sind dafür zentrale Voraussetzungen.

### **Die SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026 fordert daher:**

- **Qualifizierung als Standard in Mandat und Funktion:** Mandatar:innen und Funktionär:innen sollen Aus- und Weiterbildungsangebote als selbstverständlichen Bestandteil ihrer politischen Verantwortung wahrnehmen – vom Einstieg bis zur laufenden Tätigkeit.
- **Strukturierte Bildungswege und klare Orientierung:** Es sind transparente, gut zugängliche Bildungswege bereitzustellen, die den Einstieg erleichtern und die Weiterentwicklung in Mandat und Funktion systematisch unterstützen.
- **Lebensbegleitendes Lernen als Organisationsprinzip:** Lebensbegleitendes Lernen ist als Leitprinzip sozialdemokratischer Organisationskultur zu verankern und aktiv zu fördern – unabhängig von Ebene, Aufgabe oder Dauer der Tätigkeit.

- **Inhaltliche Schwerpunkte demokratischer Bildungsarbeit:** Bildungsangebote sollen insbesondere folgende Bereiche abdecken:
  - demokratische Grundwerte und Institutionen
  - Geschichte und Werte der sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung
  - soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und Solidarität
  - politische Kommunikation, Medienkompetenz und Umgang mit Desinformation
  - ethische Verantwortung und demokratische Führungskultur
- **Stärkung langfristiger Bildungsprogramme:** Mehrstufige, längerfristige Bildungsformate und Ausbildungsschienen sind gezielt zu fördern und strukturell abzusichern, um nachhaltige politische Bildung zu gewährleisten.
- **Ausbau organisations- und länderübergreifender Zusammenarbeit:** Die Zusammenarbeit in der politischen Bildung über Organisations- und Ländergrenzen hinweg ist weiter auszubauen, um Synergien zu nutzen, Qualität zu sichern und voneinander zu lernen.

4

#### Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an \_\_\_\_\_**
- ▶▶ **und die Weiterleitung an den SPÖ-Bundesparteitag**



## **Antrag 2: Eingbracht von der Themeninitiative Kinder und Familien**

### **Mit Chancenindex aus der Krise herausinvestieren, statt bei der Bildung der Kinder zu sparen!**

5

Kostenlose staatliche Bildung ist seit jeher der wichtigste Chancen-Motor für diejenigen in der Gesellschaft, die nicht auf Vermögen, Stand und Erbe zurückgreifen können, um gleichberechtigt teilhaben zu können. Daher ist es für die Sozialdemokratie ungebrochen wichtig, die Stimme der Bildungsbenachteiligten zu verstärken, insbesondere die der Kinder und Jugendlichen aus einem einkommensschwachen Umfeld, der Kinder mit migrationsbedingten Erschwernissen, die der Kinder mit Behinderungen, Alleinerzieher:innen und anderer vulnerabler Gruppen.

Gerade jene Bevölkerungsgruppen mit schlechteren Startbedingungen aufgrund der sozioökonomischen Verortung brauchen mehr Ressourcen in Form von kostenlosen, ganztägigen und ganzjährigen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, flexiblen bedürfnisorientierten Förderangeboten und zeitnah zugänglichen kassenfinanzierten Diagnose- und Therapieeinrichtungen.

Daran zu sparen, verursacht später Probleme mit hohen Folgekosten für die nachfolgenden Generationen durch niedrige Bildungsabschlüsse und somit verringerte Beschäftigungsmöglichkeiten, mehr Arbeitslosigkeit und geringere Beitragsleistungen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates. Das ist nicht neu, wird aber gerne vergessen.

In diversen Sparpaketen tauchen aber bereits wieder Abstriche und Einschnitte bei ohnehin kaum ausreichenden Vorhaben auf, die diese Gruppe am meisten treffen. Längst überfällige Vorhaben, z. B. Senkungen im Pädagog:in-Kind-Schlüssel werden aus

Kostengründen wieder verschoben, der ganztägige Ausbau der Bildungseinrichtungen ist in Gefahr und von einer flächendeckenden vollzeittauglichen Kinderbildung und -betreuung kann vielerorts noch lange nicht gesprochen werden. Das ist fatal und gefährdet die Zukunft der demokratischen Gesellschaft!

Das Pilotprojekt „Leuchtturmkindergarten“ ([//https://www.wu.ac.at/npocompetence/forschung/projekte/2024/wa-lt-kiga">https://kinderfreunde.at/news/wien-alle-news/ein-kindergarten-fuerallekinder //](https://kinderfreunde.at/news/wien-alle-news/ein-kindergarten-fuerallekinder)  
<https://www.wu.ac.at/npocompetence/forschung/projekte/2024/wa-lt-kiga>)

der Österreichischen Kinderfreunde hat in den letzten 3 Jahren - wissenschaftlich begleitet - belegt, dass eine Bildungseinrichtung, die entsprechend mit Ressourcen ausgestattet ist, tatsächlich alle Kinder mitnehmen kann und maximal inklusiv funktionieren kann. Diese Evidenz soll uns inspirieren, für beste Ressourcenausstattung der Bildungseinrichtungen mit all unserem Engagement einzutreten.

### **Die SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026 fordert daher:**

6

- Die Anstrengungen im Bereich der bundesweiten Qualitätssicherung der Elementarbildung zu erhöhen, um allen Kindern alle Chancen zu wahren. Dazu braucht es ein System, das den Stellen mehr Mittel zuweist, wo mehr benötigt werden. Der kostenlose, ganztägige Elementarbildungsplatz mit höchstmöglicher Qualität darf nicht dem Zufall überlassen sein, in welcher Gemeinde/Stadt die Eltern ihn benötigen.
- Kinderbetreuung/Elementarbildung bedarf einer bundesweiten Regelung bezüglich Qualität, Betreuungsschlüssel und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit der Eltern fördern und die bestmögliche Bildung der Kinder gewährleisten.
- Um den Beruf Elementarpädagog:in wieder attraktiver zu machen, braucht es die nötigen Mittel für Ausstattung, Aus- und Fortbildung und eine Finanzierung für einen nachhaltigen Personalschlüssel in den Einrichtungen und in der Administration, der verhindert, dass Berufsanfängerinnen nach kurzer Zeit ausbrennen und der schlechte Ruf der Branche sich auch bei jenen bestätigt, die sich der Herausforderung mutig stellen wollten. Es braucht aber auch Maßnahmen um die Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten der pädagogischen Aisstenzkräfte (oftmals auch als „Helfer\*innen bezeichnet) zu verbessern.

- Im Bereich der Pflichtschulbildung dürfen sowohl in der Primarstufe auch im Sekundarbereich die Bemühungen – neben dem Ausbau von Ganztagschulen mit bester Qualität - um echte Inklusion von Kindern mit Behinderungen nicht aus Ersparnisgründen verringert werden. Dass Bundesländer wie OÖ nun sogar wieder neue Sonderschulen bauen ist der falsche Weg und widerspricht der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
- Der nun zögerlich begonnene Weg Richtung der besseren Mittel- und Ressourcenausstattung von mit „Chancenindex“ gekennzeichneten Schulen (eben jene mit Erschwernissen ihrer Zielgruppe) muss entsprechend ausgebaut und vertieft werden, um echte Wirkungen zu erzielen. Dies ist kostenintensiv und braucht Personal, das die Verbesserungen an Schulen mit größeren Herausforderungen auch tatsächlich umsetzen kann. Es wird Zeit brauchen, bis ein effektives System implementiert ist. Wichtig ist also, im Sinne der Bildungs- und Chancen-Gerechtigkeit, sich weiter zu echten Verbesserungen für vulnerable Gruppen zu bekennen.
- Auch innerhalb der SPÖ müssen in der Bildung zu diesen Themen die Maßnahmen verstärkt werden, damit Funktionär:innen und Mandatar:innen entsprechend argumentieren und dagegenhalten können, da von konservativer Seite unablässig versucht wird, öffentliche Mittel für diese enorm wichtigen Bereiche zu kürzen und Kosten zu privatisieren. Hier müssen wir jenen widerstehen, die auf Kosten vulnerabler Gruppen ihre Budgets sanieren wollen, weil sie die Reichen nicht belasten wollen. Regelmäßige Seminare und Tagungen in allen Bundesländern sind in diesem Bereich unerlässlich, um das nötige Hintergrundwissen zu erwerben.

### Abstimmung:



**Annahme**



**Ablehnung**



**Zuweisung an** \_\_\_\_\_



**und die Weiterleitung an den SPÖ-Bundesparteitag**



### **Antrag 3: Eingbracht von den Gewerkschafter:innen in der SPÖ**

## **Öffentliche Fördermittel in der Erwachsenenbildung: Gemeinnütziger Bildungsauftrag statt privater Gewinnmaximierung**

Bildung ist der Türöffner für ein selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe-Chancen. Sie ermächtigt uns zu kritikfähigen und mündigen Menschen. Bildung ebnet uns den Weg zu einem erfüllten Arbeitsleben und ist die Basis für gesellschaftliche Teilhabe. Damit ist sie das Fundament auf dem wir das Haus unserer demokratisch-solidarischen Gesellschaft und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt bauen können.

8 Für uns Sozialdemokrat:innen ist daher glasklar: diese Grundlage für ein gutes Leben für jeden Menschen und den Wohlstand unserer Gesellschaft ist kein Gut wie jedes Andere. Bildung ist keine Ware.

Die Erwachsenenbildung bildet einen wesentlichen Pfeiler des Bildungssystems und leistet einen zentralen Beitrag zur individuellen, beruflichen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Sie fördert Chancengleichheit, soziale Teilhabe und lebensbegleitendes Lernen. Qualitätsvolle Bildungsarbeit umfasst neben gut ausgebildetem und engagiertem Personal auch inspirierendes Lehr- und Lernmaterial sowie passende räumliche Rahmenbedingungen. Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass die öffentlichen Mittel in diesem Bereich effizient, verantwortungsvoll und bedarfsgerecht eingesetzt werden.

Insbesondere in Zeiten knapper öffentlicher Budgets müssen wir sicherstellen, dass die Steuergelder ausschließlich gemeinwohlorientierten Bildungszwecken zugutekommen und nicht zur Maximierung privater Gewinne verwendet werden. In den vergangenen Jahren sind verstärkte Aktivitäten von gewinnorientierten, privaten Bildungsanbietern im Bereich der Erwachsenenbildung zu beobachten. Diese Entwicklung geht oftmals mit einem Rückgang der Bildungs- und Schulungsqualität einher, da finanzielle Überschüsse nicht in



die Qualitätsverbesserung der Bildungsangebote fließen, sondern die private Gewinnmaximierung als Ziel haben.

### **Gemeinnützigkeit statt Profitorientierung**

Beim Einsatz öffentlicher Gelder muss der gemeinnützige Bildungsauftrag klaren Vorrang vor den Profitinteressen privater Eigentümer, Gesellschafter:innen oder Aktionär:innen haben. Gemeinnützige Bildungsträger zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre Ressourcen vollständig in die Umsetzung ihres Bildungsauftrags investieren, anstatt Gewinne auszuschütten. Dies schafft die Grundlage für eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und am Gemeinwohl orientierte Bildungsarbeit.

Selbstverständlich sind gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Erwachsenenbildung aus sozialdemokratischer Sicht eine zentrale Voraussetzung für die Qualität der Bildungsangebote. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Entlohnung und fehlende Planungssicherheit beeinträchtigen nicht nur die Attraktivität des Berufsfeldes, sondern auch Motivation, Stabilität und Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden.

9

### **Die SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026 fordert daher:**

- Öffentliche Mittel in der Erwachsenenbildung dürfen nicht in private Gewinne abfließen. Bei öffentlichen Ausschreibungen, Förderungen oder Direktvergaben im Bereich der Erwachsenenbildung soll deswegen Gemeinnützigkeit ein verpflichtendes Kriterium sein und damit sichergestellt werden, dass die Mittel unmittelbar der Bildungsqualität und dem Zugang zu Bildungsangeboten dienen.
- Ausschreibungen, Förderprogramme und Direktvergaben sind so zu gestalten, dass Qualitätskriterien sowie gute Arbeitsbedingungen stärker gewichtet werden.

### **Abstimmung:**

▶▶ **Annahme**

▶▶ **Ablehnung**

▶▶ **Zuweisung an** \_\_\_\_\_

▶▶ **und die Weiterleitung an den SPÖ-Bundesparteitag**

## **Antrag 4: Eingbracht von den Gewerkschafter:innen in der SPÖ**

### **Qualifizierungsstrategie zur Fachkräfte-Sicherung**

Wir sind derzeit Zeug:innen eines tiefgreifenden Strukturwandels in der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Als Sozialdemokrat:innen beschränken wir uns jedoch nicht auf die Rolle der Zaungäste. Wir haben den Anspruch, die Transformation in Wirtschaft und Arbeit aktiv mitzugestalten.

- 10 Die aktuelle Lage am österreichischen Arbeitsmarkt spiegelt eine anhaltend hohe Nachfrage nach Fachkräften gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit wider. Diese Situation offenbart ein gravierendes Passungsproblem zwischen den Qualifikationen von Arbeitssuchenden und den Anforderungen der offenen Stellenangebote. Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau sind von diesem Problem besonders betroffen. Sie sind überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. haben ein besonders hohes Risiko arbeitslos zu werden.

Der Strukturwandel in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft erfordert nicht nur zukunftsfähige Ausbildungen und Qualifizierungen von Fachkräften, sondern auch laufende Weiterbildungsaktivitäten. Hierbei müssen besonders jene Personengruppen angesprochen und gefördert werden, deren Arbeitsplätze im Zuge von Transformationsprozessen verändert werden und die bisher zu wenig von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen profitiert haben, wie z.B. die „stille Reserve“.

Qualifizierungsmaßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe. Ohne ausreichende Fachkräfte in relevanten Bereichen wie der Elementarbildung, Pflege, Ökologisierung und Digitalisierung drohen unserem Land

zudem in Zukunft erhebliche wirtschaftliche und soziale Kosten des Nicht-Handelns. Um dem großen Bedarf nach qualifiziertem Personal und Fachkräften gerecht zu werden, müssen alle Möglichkeiten zur Qualifizierung von geringqualifizierten Personen und die Fachkräfteaus- und Weiterbildung konsequent ausgebaut werden – sowohl für arbeitslose Menschen als auch für Beschäftigte.

Qualifizierung und Weiterbildung müssen als zukunftsorientierte Kernaufgabe in der Politik verankert werden. Es ist unerlässlich, dass hier entschlossen gehandelt und die notwendigen Ressourcen bereitstellt, um eine nachhaltige und integrative Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen.

Wir fordern die Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden und zukunftsorientierten Qualifizierungsstrategie, mit der die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Qualifizierungsstrategie soll im Besonderen auf folgende Bereiche fokussieren.

## 11

### **Die SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026 fordert daher:**

- Erhöhung des Budgets der Erwachsenenbildung auf mindestens 1% des Unterrichtsbudgets, um die Angebote zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses und von Basiskompetenzen auszuweiten;
- Zusätzliche Unterstützungsangebote für die außerordentliche Lehrabschlussprüfung sowie deren Reform, um sie erwachsenengerechter zu gestalten;
- Fokus der Arbeitsmarktpolitik auf Aus- und Weiterbildungen in Zukunftsbereichen und Umsetzung einer gesetzlich verankerten Gleichrangigkeit des Ziels der Qualifizierung und des Ziels der Vermittlung auf Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen im AMS;
- Ausbau des Qualifizierungsbudgets des AMS sowie Recht auf Qualifizierung nach einer Qualifizierungsberatung und ausreichende Existenzsicherung bei Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende;
- Ausweitung und langfristige Absicherung von Maßnahmen zur Reintegration von arbeitsmarktfernen Personen in den Arbeitsmarkt, wie beispielsweise Ausbildungsförderungen, Mobilitätsunterstützungen und Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen;

- Ausbau von Um- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Frauen in Zukunftsberufen, um berufliche Chancen von Frauen zu stärken und einen Beitrag zur Bewältigung der demografischen, digitalen und ökologischen Herausforderungen zu leisten;
- Rechtsanspruch auf ein Qualifizierungsgeld zumindest in Höhe des vom ÖGB geforderten KV-Mindestlohnes (Nettobetrag), um die Existenz während beruflicher Um- und Neuqualifizierung und längerer Ausbildungen zu sichern;
- Einführung eines Aus- und Weiterbildungsfonds, an dem sich Betriebe beteiligen sollen, die nicht selbst aus- oder fortbilden (können);
- Angemessene Mittelausstattung der Überbetriebliche Ausbildung (ÜBA), um Jugendlichen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz eine qualitativ hochwertige Lehrausbildung zu ermöglichen.

12

#### Abstimmung:



**Annahme**



**Ablehnung**



**Zuweisung an** \_\_\_\_\_



**und die Weiterleitung an den SPÖ-Bundesparteitag**

## **Antrag 5: Eingbracht vom SPÖ-Bundesbildungspräsidium**

### **Änderung im Regulativ**

Im Rahmen der Delegiertenmeldung wird wiederholt festgestellt, dass Nicht-Mitglieder als Delegierte der SPÖ-Bundesbildungskonferenz gemeldet werden. Dies ist unzulässig und erfordert eine Anpassung der einschlägigen Regelung, da das Bundesparteistatut eine Delegiertenfunktion nur für Mitglieder vorsieht. Entsprechend sollte dies auch in unserer Regelung vorgesehen sein.

13

Derzeitige Situation:

#### **II. Organisatorischer Aufbau der Bildungsarbeit**

##### **1) Bildungsarbeit in der Bundesorganisation**

###### **A. Bundesbildungskonferenz**

###### **c) Der Bundesbildungskonferenz gehören als ordentliche Delegierte an:**

die gewählten Mitglieder des Bundesbildungspräsidiums,  
zwei Delegierte des Bundesparteivorstandes  
sowie der (die) Bundesgeschäftsführer\*in(nen),  
der (die) Organisationssekretär\*in.

...

Zu beschließender Passus:

#### **II. Organisatorischer Aufbau der Bildungsarbeit**

##### **1) Bildungsarbeit in der Bundesorganisation**

###### **A. Bundesbildungskonferenz**

c) Der Bundesbildungskonferenz gehören **ausschließlich ordentliche Mitglieder der SPÖ** als ordentliche Delegierte an:

die gewählten Mitglieder des Bundesbildungspräsidiums,  
zwei Delegierte des Bundespartei Vorstandes  
sowie der (die) Bundesgeschäftsführer\*in(nen),  
der (die) Organisationssekretär\*in.

...

### Die SPÖ-Bundesbildungskonferenz 2026 fordert daher:

- Den Punkt dahingehend abzuändern
- **II. Organisatorischer Aufbau der Bildungsarbeit**
  - 1) Bildungsarbeit in der Bundesorganisation**
    - A. Bundesbildungskonferenz**

c) Der Bundesbildungskonferenz gehören **ausschließlich ordentliche Mitglieder der SPÖ** als ordentliche Delegierte an:

14

### Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an \_\_\_\_\_**
- ▶▶ **und die Weiterleitung an den SPÖ-Bundespartei Vorstand zur Kenntnisnahme**